

Eine Welt-Politik in Bayern. Position der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

Hermann Imhof



Vor mehr als einem halben Jahrhundert schrieb der Theologe und Naturforscher Teilhard de Chardin: „Das große Phänomen, dem wir beiwohnen, ist die totale und möglicherweise unwiderrufliche Spaltung der Menschheit, nicht in Arme und Reiche, sondern in solche, die an Weiterentwicklung glauben und die Anderen“

Als Menschen mit einer christlichen Werteorientierung haben wir als CSU-Fraktion den Anspruch, uns und den von unseren Bürgern aufgetragenen Verantwortungsbereich stetig weiter zu entwickeln. Wir wollen dabei mit unserer Eine Welt-Politik helfen, den Völkern in ihrer jeweiligen Heimat nachhaltige Perspektiven zu eröffnen. Gleichzeitig wollen wir einen Beitrag zu einer gerechteren Globalisierung und zu einer nachhaltigeren Lebensweise hier bei uns in Bayern leisten.

Laut Unicef fallen jedes Jahr 6,9 Millionen Kinder in sogenannten Entwicklungsländern vermeidbaren oder behandelbaren Krankheiten zum Opfer. Tag für Tag sterben 1400 Frauen während der Schwangerschaft oder der Geburt. Nach Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO leiden weltweit zirka 870 Millionen Menschen an Hunger und chronischer Unterernährung, und das, obwohl so viele Nahrungsmittel

produziert werden wie nie zuvor. In Somalia beispielsweise verhungerten in Folge einer extrem langen Dürreperiode zwischen Oktober 2010 und April 2012 eine Viertelmillion Menschen, die Hälfte davon waren Kinder unter fünf Jahren. Weltweit sterben jährlich 2,6 Millionen Kinder, die jünger sind als fünf Jahre an den Folgen von Unterernährung.

Viele Missstände in unserer globalisierten Welt sind uns bekannt und trotzdem fällt es dem vermeintlich wohlhabenden Teil der Menschheit schwer, konkret etwas dagegen zu tun. Wir treten im Rahmen unserer Möglichkeiten für eine nachhaltige Eine Welt-Politik ein. Dieses Engagement ist ein wichtiger Teil einer auf internationale Zusammenarbeit ausgerichteten Politik der CSU-Landtagsfraktion und der Bayerischen Staatsregierung im Verbund mit allen Bundesländern.

Die CSU-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen von 2000, zu der Parisdeklaration über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005 und zum Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober 2008 über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. In diesem Beschluss der Ministerpräsidenten wird die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen für die Eine Welt betont. Darüber hinaus haben die entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/ CSU-Landtagsfraktionen am 15. Juni 2009 in Düsseldorf eine an dem Beschluss der Ministerpräsidenten orientierte Resolution verabschiedet, die die Bedeutung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit nochmals hervorhebt.

Bei unserer Entwicklungszusammenarbeit müssen wir immer bedenken, dass die von uns geleistete Hilfe niemals zu stetigen Abhängigkeiten führen darf. Die Eigenverantwortung unserer Partnerländer muss nachhaltig gestärkt werden und an die Maßstäbe von guter Regierungsführung, Demokratie, Menschenrechte oder rechtstaatliche Grundsätze geknüpft sein. Kurz gesagt, das Schlagwort „Hilfe zur Selbsthilfe“ muss mehr denn je zur Selbstverständlichkeit und zum Motto in der Eine Welt-Politik werden. Bildung spielt hier eine entscheidende Rolle. Eine von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebene Studie kam zu dem Ergebnis, dass der Bildungsstand der Mutter für das Überleben ihrer Kinder wichtiger ist als die Höhe des Haushaltseinkommens. Die Hochrechnungen zeigen außerdem, dass bildungspolitische Maßnahmen in Ländern und Regionen mit einem niedrigeren Ausgangsniveau eine besonders starke Wirkung entfalten.

Den Bundesländern kommt als Träger und Rahmengeber für Entwicklungspartnerschaften eine wichtige Aufgabe zu. Entwicklungspolitik der Länder darf aber keine Konkurrenz zu nationalen oder internationalen Akteuren sein. Vorrangig müssen partnerschaftliche Aktivitäten von Ländern und Kommunen mit den Staaten der Einen Welt vertieft und ausgebaut werden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass das entwicklungspolitische Engagement der Bundesländer auf differenzierte Handlungsfelder konzentriert werden soll. Dazu gehört besonders die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Daneben gilt es aber auch, die weiteren Kernkompetenzen der Bundesländer wie z. B. Ernährungssicherheit und ländliche Räume, Klimaschutz, regenerative Energien oder auch gute Regierungsführung und Dezentralisierung zu nutzen.

Klar ist auch, dass unser Engagement nicht im Alleingang funktionieren kann. Ein fruchtbarer und kontinuierlicher Dialog zwischen den Bundesländern ist deswegen unerlässlich. Wir wollen auch vertieft mit Partnerschaften und Kooperationen anderer Organisationen arbeiten und Synergien bestmöglich ausnutzen. In der Form von Public Private Partnership-Projekten wäre es sehr gut darstellbar und auch wünschenswert, sich entwicklungspolitisch noch mehr als heute zu engagieren. Gerade international tätige Unternehmen profitieren von der Globalisierung und leisten einen wichtigen Beitrag zum Aufschwung der Wirtschaft in sogenannten Entwicklungsländern und zur Armutsbekämpfung. Dieser vermeintliche Globalisierungsprofit muss gerade auch den Menschen in der Einen Welt zugute kommen.

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag sieht sich in der Verantwortung vor Gott und den nachfolgenden Generationen seit jeher in höchstem Maße verpflichtet. Für uns gehört die Bewahrung der Schöpfung zu den unveräußerlichen Grundlagen unserer Politik.

Eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit stellt der Klimawandel dar, denn er bringt zahlreiche negative Folgen mit sich: Steigende Meeresspiegel, Wetterextreme, Hungersnöte, gewaltsame Konflikte um Lebensräume und Ressourcen. Die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass bis 2050 weltweit rund 200 Millionen Menschen durch die Klimaveränderung ihre Heimat verlieren könnten. Die Folgen des Klimawandels betreffen alle Menschen auf dieser Erde, aber nicht alle im gleichen Maße. Die Menschen in armen Ländern leiden am meisten. Zum einen, weil sie in Regionen leben, in denen die Auswirkungen besonders stark zu spüren sind, zum anderen, weil sie nicht über ausreichend Mittel

und Know-how verfügen, um wirksame Schutzmaßnahmen zu treffen. Eine Studie von Germanwatch aus dem Jahr 2012 kommt zu dem Ergebnis, dass zwischen 1992 und 2011 mehr als 530.000 Menschen als direkte Folge von extremen Wetterereignissen ihr Leben verloren. Unter den zehn meistbetroffenen Ländern befindet sich kein Industrieland.

In ihrem „Bericht über die menschliche Entwicklung 2013“ warnen die Vereinten Nationen, dass bis 2050 die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, durch Umweltkatastrophen auf drei Milliarden steigen könnte. Es gilt also, rasch und entschlossen gegenzusteuern. Sonst drohen durch die globale Erwärmung massive Entwicklungsrückschritte mit tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen rund um den Globus, die sich auch negativ auf Europa auswirken werden.

Neben gesetzgeberischen Maßnahmen seitens der Politik muss die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung für die Folgen des Klimawandels und für Fragen der Klimagerechtigkeit gefördert sowie durch stets neue Impulse am Leben erhalten werden. Nur so wird die Änderung des Lebensstils auf Grundlage von nachhaltig orientierten Entscheidungen dauerhaft in den Köpfen der Menschen verankert werden. Die Bewusstseinsbildung halte ich für eine ganz entscheidende Aufgabe, die nicht nur der Politik überlassen werden darf, sondern für die auch Wirtschaft, Kirchen sowie alle übrigen gesellschaftlichen Kräfte Verantwortung weltweit tragen.

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag unterstützt die Klimaschutzpolitik der Bayerischen Staatsregierung. Der Freistaat hat mit dem Klimaprogramm „Bayern 2020“ in den Jahren 2008 bis 2011 bereits eine dreiviertel Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert, mehr als jedes andere Bundesland. In der mittelfristigen Finanzplanung sind bis 2016 zusätzlich eine Milliarde Euro für Klima, Energie und Innovation vorgesehen. Im Doppelhaushalt 2013/2014 wurden bereits rund 260 Millionen Euro zur Umsetzung der Energiewende und zur Verbesserung des Klimaschutzes zur Verfügung gestellt.

Der jährliche Pro-Kopf-Ausstoß von energiebedingtem CO₂ beläuft sich im Freistaat auf 5,9 Tonnen. Zum Vergleich: Der Bundesdurchschnitt liegt bei 9,2 Tonnen, der EU-Durchschnitt bei 7,9 Tonnen. Bayern ist 2009 auch der "Climate Group" beigetreten und unterstützt die EV-20-Initiative, mit der die Entwicklung von Elektroautos vorangebracht werden soll. Wir müssen in den Bereichen Klimaschutz und regenerative Energie Vorreiter werden.

Regionale Klimaschutzmaßnahmen sind wichtig, sie können aber langfristig nur greifen, wenn auch auf globaler Ebene die richtigen Weichen gestellt werden. Wir bräuchten einen Weltklimarat bei den Vereinten Nationen, ähnlich dem UN-Sicherheitsrat - ein Gremium, das die Umsetzung der Ziele überwacht und im Zweifel auch Sanktionen verhängen kann.

Das globale Bevölkerungswachstum von jährlich etwa 82 Millionen Menschen führt zu einem beständigen Anstieg der Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln. Dies gilt nicht nur mengenmäßig, sondern auch qualitativ, weil sich bei steigendem Einkommen insbesondere die Ernährungsgewohnheiten ändern. Dazu kommt, dass der Trend des urbanen Wohnens weiterhin ungebrochen ist. Erstmals leben mehr Menschen in Städten als auf dem Land.

Bei der Bewältigung der globalen Herausforderung von Armut und Unterernährung kommt deswegen auch der Landwirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Ernährungssicherung ist und bleibt von größter Bedeutung für sozialen Frieden und Stabilität in der Welt. Für alle Staaten ist es deswegen eine Notwendigkeit, das Potenzial der Landwirtschaft bestmöglich zu nutzen. Problematisch zu sehen ist auch der anhaltende Trend, dass sich transnationale Konzerne in den ärmeren Staaten vermehrt Flächen zur Agrarproduktion sichern. Damit entsteht eine neue Form des Kolonialismus, der die sogenannten Entwicklungsländer auf lange Sicht besonders beeinflussen wird. Globalisierung darf nicht bedeuten, dass der Turbokapitalismus triumphiert und dass sich alle sogenannten Entwicklungsländer den Spielregeln der reichen Industriestaaten unterwerfen. Die Länder brauchen die Möglichkeit, sich eigenständig zu entwickeln, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen vor Ort und der natürlichen Begebenheiten.

Da die weltweiten Flächenreserven begrenzt sind, vertreten wir als CSU-Landtagsfraktion den Grundsatz, dass der Ernährungssicherung Vorrang vor anderen Nutzungen eingeräumt werden muss. So wichtig regenerative Energien auch sind, sie dürfen den Zugang zu Nahrungsmitteln für ärmere Bevölkerungsgruppen und Länder nicht erschweren.

Wirtschaftliche Entwicklung geht in aller Regel mit einem erhöhten Energiebedarf einher. Diesen Energiebedarf zu decken wird eine der großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts sein. Welche Gefahren mit der Förderung des immer knapper werdenden Rohstoffs Öl verbunden sind, konnte man im Jahr 2010 anhand der Explosion der Plattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko beobachten. Und der Super-GAU im japanischen Fu-

kushima hat uns erneut schmerzhaft die Risiken der Atomenergie vor Augen geführt. Aus diesen beiden Katastrophen lassen sich folgende Lehren ziehen, wenn es darum geht, arme Länder bei ihrer Entwicklung und der Suche nach zuverlässigen Energiequellen zu unterstützen: Zum einen müssen beherrschbare Technologien zum Einsatz kommen. Zum anderen: nur ressourcenschonende Volkswirtschaften, die sich gleichermaßen an den Bedürfnissen von Mensch und Natur orientieren, sind wirklich zukunftsfähig. Eine energiehungrige Industrienation wie Deutschland kann nicht von heute auf morgen auf die Kernenergie verzichten. Wir sollten aber mithelfen, dass andere Länder gar nicht erst auf diese Brückentechnologie angewiesen sind.

Alles in allem liegt noch ein weiter Weg vor uns. Doch auch die längste Reise beginnt bekanntermaßen mit einem kleinen Schritt. Ein sehr wichtiger Schritt ist das Vorhaben, die Verwendung von Produkten, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen, gesetzlich zu untersagen. Die CSU-Landtagsfraktion befürwortet solch ein Verbot nachdrücklich.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der Durchsetzung international gültiger Sozial- und Umweltstandards. Wie viel hier noch im Argen liegt, hat uns unlängst eine Reihe schrecklicher Unglücke schmerzlich vor Augen geführt: Im September 2012 starben in Pakistan 300 Menschen bei Bränden in zwei Textilfabriken, im November 2012 kamen 112 Menschen bei einem Brand in einer Textilfabrik in Bangladesch ums Leben. Ebenfalls in Bangladesch wurden im April 2013 beim Einsturz eines Fabrikgebäudes 1100 Menschen getötet. Hinzu kommen die tagtäglichen Arbeitsunfälle, die gesundheitsschädigenden Produktionsbedingungen, die unmenschlichen Arbeitszeiten und die meist völlig ungerechte Entlohnung in vielen Unternehmen, die auch für den europäischen Markt produzieren – wohlgemerkt nicht nur in der Textilbranche. Angesichts all dieser Tatsachen reicht es nicht, immer nur über freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen zu sprechen. Es bedarf verbindlicher Standards. In diesem Zusammenhang sei hier an Artikel 151 der Bayerischen Verfassung erinnert, wo es heißt: „Gemeinschädliche und unsittliche Rechtsgeschäfte, insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge, sind rechtswidrig und nichtig.“

Um die genannten Ziele zu verwirklichen, ist es auch erforderlich, die Effektivität der bayerischen Eine Welt-Politik weiter zu erhöhen. Am 12. April 2011 stimmte der Europa-Ausschuss des Bayerischen Landtags fraktionsübergreifend dafür, die Zuständigkeiten für die Eine Welt-Politik bis spätestens Herbst 2013 in der Bayerischen Staatskanzlei zu bündeln und ihr

die Koordination des Arbeitskreises Entwicklungszusammenarbeit der bayerischen Ministerien sowie die Vertretung im Eine Welt-Bereich auf Bundesebene zu übertragen.

Die Regierung wurde vom Ausschuss darüber hinaus damit beauftragt, die im Jahr 1992 vom Ministerrat beschlossenen Grundsätze bayerischer Entwicklungszusammenarbeit zu aktualisieren. Dem kam die Regierung nach. Am 30. April 2013 hat der Ministerrat die neuen Leitsätze der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaats Bayern verabschiedet. In den neuen Leitsätzen wird neben der Internationalen Erklärung der Menschenrechte und den Kernarbeitsnormen der ILO ausdrücklich auch die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen als globaler Handlungsrahmen der bayerischen Eine Welt-Politik festgeschrieben. Kritisch anzumerken ist, dass die neuen Leitsätze kein klares Bekenntnis zur Förderung des vorhandenen bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements enthalten. In den Grundsätzen von 1992 ist dies noch der Fall gewesen.

An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, dem Vorstand und allen Akteuren im Eine Welt Netzwerk Bayern ein herzliches Dankeschön zu sagen. Der Dachverband ist für die Politik im Bereich Eine Welt „der“ kompetente, mitunter auch unbequeme Rat- und Impulsgeber, der nach den Ursachen von Unrecht forscht, den Finger „in die Wunden“ legt, antreibt und herausfordert. Das ist notwendig, damit Dinge auf den Weg gebracht und weiterentwickelt werden können. Stellvertretend dafür benenne ich das konstruktive und beharrliche „Coaching“ beim interfraktionellen Antrag „zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens“, der federführend und vorbildhaft für viele andere Bundesländer war und entsprechende Nachahmer fand. Ein weiteres Beispiel ist eine 2012 vom Eine Welt Netzwerk Bayern organisierte Reise ans südafrikanische Westkap, in deren Rahmen sich eine Delegation des Bayerischen Landtags über zahlreiche Hilfsprojekte informieren und mit Parlamentariern und Regierungsvertretern austauschen konnte. Hier hat sich gezeigt, wie sich zivilgesellschaftliches Engagement und staatliche Partnerschaftsaktivitäten ergänzen können.

Insofern habe ich mich sehr gefreut, dass das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. auch meine Anregung vom Herbst 2010 aufgegriffen und eine Umfrage bei allen bayerischen Staatsministerien bezüglich der Verwendung von Produkten aus Fairem Handel gestartet hat. In diesem Bereich muss die öffentliche Hand gemäß ihrer Vorbildfunktion entsprechend voranschreiten.

Der vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. auf den Weg gebrachte erste fair gehandelte Fußball der Firma Puma mit der Aufschrift „Bayern spielt fair“ ist ein sehr schönes Ergebnis langjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen einer Nichtregierungsorganisation und der Wirtschaft.

Die eigene Erfahrung, z.B. bei Besuchen in Indien, lehrte mich, Eine Welt-Politik als einen gegenseitigen Prozess zu begreifen. Als einen Prozess, der die Ebenbürtigkeit der Partner, sozusagen auf selber Augenhöhe, unterstreicht. In den wohlhabenden Ländern haben wir uns viel zu lange nur als die Gebenden verstanden. Dabei sind wir in einem fruchtbaren Austausch doch in gleicher Weise auch Empfänger und Lernende!

Nicht zuletzt möchte ich anmerken, dass entwicklungspolitisches Engagement von der Mitarbeit der Bürger lebt, die sich für entsprechende Projekte und Maßnahmen engagieren. Die beeindruckende Vielfalt und der Ideenreichtum von Veranstaltungen wie der alle zwei Jahre stattfindenden „Fair Handels Messe Bayern“, der Messe „Schule-EineWelt“, dem bayernweiten „Runden Tisch zu Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ oder die aktuelle Wanderausstellung „Entwicklungsland Bayern“ prägen Bewusstsein und schaffen Akzeptanz. Einen sehr guten Einblick in die Vielfalt der bayerischen Eine Welt Arbeit bietet hier auch das vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. getragene und von der Bayerischen Staatskanzlei sowie der Evang.-Lutherischen Kirche in Bayern geförderte Partnerschafts- und Bildungsportal „Bayern-EineWelt“ (www.bayern-einewelt.de). Wir wollen durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass diese Bereitschaft weiter wächst.

Einen entscheidenden Schritt hierzu kann die vom Eine-Welt-Netzwerk Bayern e.V. vorgeschlagene Stiftung „Bayern EineWelt“ leisten. Gerne setze ich mich dafür ein, dass diese Stiftung vom Bayerischen Landtag und von der Bayerischen Staatsregierung unterstützt wird, um so langfristig die Eine Welt-Arbeit in Bayern zu fördern. Dabei wollen wir u.a. auch Migranten bei der Integrationsarbeit vor Ort so gut als möglich unterstützen. So können wir dazu beitragen, dass unsere Welt ein Stück sicherer, gerechter und besser wird.

Frei nach dem Motto: „Eine Zukunft vermag nicht gut zu machen, was man in der Gegenwart versäumt!“ Diesen von Albert Schweizer formulierten Grundsatz wollen wir beherzigen und unser entwicklungspolitisches Engagement danach ausrichten.